

des Gewaltschutzgesetzes bereitgestellt werden. Angesichts der höheren Vulnerabilität von Frauen mit Migrationsgeschichte gegenüber häuslicher Gewalt, auch aufgrund ihrer stärkeren Verhäuslichung,⁵¹ muss gerade hier mehrsprachig und an Orten informiert werden, die diese Frauen aufsuchen, also in Kitas, Arztpraxen etc.

Aber auch über sozialrechtliche Ansprüche und hier insbesondere das Wohngeld Plus, das seit 1. Januar 2023 einen größeren Berechtigtenkreis hat, sollte niedrigschwellig und mehrsprachig informiert werden, um insbesondere auch berufstätige Alleinerziehende zu erreichen. Dabei sollte etwa die Möglichkeit, einen Lastenzuschuss bei selbstgenutztem Wohneigentum zu erhalten (vgl. § 1 Abs. 2 Alt. 2 WoGG), bekannter gemacht werden. Schließlich muss besser informiert werden, wie etwa im Falle von mietrechtlichen Streitigkeiten Beratung erlangt werden kann, um Wohnungsverlusten aufgrund von Kündigungen vorzubeugen. Größere Teile der Bevölkerung scheinen die Möglichkeit der Beratungshilfe nicht zu kennen, was sie von der Durchsetzung ihrer Rechte abhalten könnte.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-1-8

„Ein Gender-Check muss Bestandteil der Bauleitplanung werden“

Interview mit Dr. Mary Dellenbaugh-Losse

Die Fragen stellte Dr. Jana Schollmeier, Mitglied der djb-Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich, Berlin.

Frau Dr. Dellenbaugh-Losse, Sie beraten Kommunen zum Thema geschlechtergerechte Stadtentwicklung. Warum ist es wichtig, in der Stadtplanung eine Gender-Perspektive einzunehmen?

Die Gender-Perspektive hat in der Stadtplanung lange Zeit gefehlt. Ich spreche in meinen Vorträgen oft vom „generischen Maskulinum“. Damit meine ich nicht etwas, das absichtlich passiert. In der Regel ist das keine absichtliche Diskriminierung, sondern eine unbeabsichtigte Diskriminierung. Uns fehlen die weiblichen bzw. nicht-männlichen Perspektiven. Gerade das ist unsere Herausforderung. Wir wohnen hauptsächlich in Städten, die historisch gewachsen sind. In der langen Historie von Stadtplanung waren die Stadtplaner Stadtplaner – bewusst männlich gegendert. Wir

Aktuell dient die Stadt vor allem männlichen Mobilitätsmustern.

sind in der Situation, dass wir vielfach im Bestand wohnen und dieser Bestand zu einem Zeitpunkt entstanden ist, in dem nur der männliche Blick die Städte geprägt hat. Wir haben auch die Situation, dass vor allem mit dem Nachkriegsbau, dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ein modernes Stadtbild entstanden ist, das Wohnen und Arbeiten trennt. Dadurch wird

III. Fazit

Gerade Frauen sind aufgrund der Gender Gaps – Gender Pay Gap, Gender Care Gap, Gender Pension Gap etc. – auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Daher sind rechtliche Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Frauen wichtig. Die Bedürfnisse von Frauen müssen in der Wohnungspolitik stärker Berücksichtigung finden. Unser Streifzug durch die vielfältigen Themen des Bauplanungsrechts, der Wohnraumförderung, der wohnraumbezogenen Sozialleistungen, der Eigentumsförderung sowie des Schutzes vor Diskriminierung und Wohnungslosigkeit und schließlich des Straf- und Ordnungsrechts zeigt jedoch, dass es ganz unterschiedliche Stellschrauben im Recht gibt, um geschlechtergerechtes Wohnen zu verwirklichen. Geschlechtergerechtes Wohnen ist ein Querschnittsthema. Die weitere Debatte, wie geschlechtergerechtes Wohnen erreicht werden kann, muss daher breit und in allen Rechtsgebieten geführt werden.

51 Dazu Çitlak in diesem Heft.

das Arbeiten, das in der Wohnung stattfindet, komplett unsichtbar. Damit meine ich die Care-Arbeit.

Inwiefern führt die Trennung von Arbeit und Wohnen neben der Tatsache, dass ihre häusliche Arbeit unsichtbar wird, zu einem Nachteil für Frauen?

Das ergibt sich vor allem aus den unterschiedlichen Mobilitätsmustern. Aktuell dient die Stadt vor allem männlichen Mobilitätsmustern. Ich spreche hier von männlichen und weiblichen Mustern, aber damit meine ich ganz klar ein traditionelles heteronormatives Rollenbild, wonach die Frau zuhause war und der Mann zur Arbeit gefahren ist. Das sind die Stereotype, die zum Zeitpunkt der 1950er/60er-Jahre geläufig waren. Das heißt, Frauen hatten dann – und haben auch weiterhin, weil Frauen weiterhin hauptsächlich die Care-Arbeit übernehmen – viele Wege in Wohnnähe und ein kettenartiges Bewegungsmuster. Ganz typisch für diese Bewegungsmuster wäre eine Mutter in einer heterosexuellen Beziehung, die das Haus verlässt, um das Kind in die Kita zu bringen, dann zur Arbeit fährt, die Arbeit wieder verlässt – und zwar früher als ihre männlichen Kollegen, die keine Care-Arbeit übernehmen –, zum Supermarkt fährt und einkauft, das Kind von der Kita abholt und mit ihm nach Hause fährt. Das heißt, wir haben komplexe Wege, wir haben



▲ Dr. Mary Dellenbaugh-Losse
Foto: Katja Hentschel

lung, barrierearme Prozess- und Politikgestaltung sowie Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklungspolitik. Sie ist Autorin und Mit Herausgeberin mehrerer Bücher, darunter „Urban Commons: Moving beyond State and Market“, „Städte wandel durch Kultur“, „The Urban Commons Cookbook“ und „Inventing Berlin: Architecture, Politics and Cultural Memory in the New/Old German Capital Post-1989“.

Wege in Wohnortnähe. Meist sind das Wege, die nicht mit dem Auto zurückgelegt werden. All das passiert in einem Umfeld, das darauf gar nicht ausgelegt ist. Das Umfeld ist ausgelegt auf den Habitus männlicher Planer, die die Stadt nach ihren Bedürfnissen entworfen haben: Ihnen diente der Wohnort hauptsächlich als Ort der Freizeit und Entspannung. Zur Arbeit sind sie linear mit dem Auto in ein anderes Quartier oder an einen anderen Ort gefahren, um von dort nach einem Acht-Stunden-Tag an den Wohnort zurückzukehren.

Was müsste sich konkret ändern, damit die Bedürfnisse von Frauen stärker Berücksichtigung finden?

Zum einen haben wir Strukturen, die für die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und bezahlter Tätigkeit nicht ausgelegt sind. Das betrifft alle Gender, die versuchen, Care-Arbeit im Leben unterzubringen, also nicht nur Frauen.

Damit die Stadt für Frauen freundlicher wird, brauchen wir gemischte Quartiere.

Zum anderen haben wir auch Räume, die besonders unfreundlich sind, wenn es um Menschen geht, die ein besonderes Angstempfinden haben – wir nennen diese logischerweise Angsträume. Und wieder: Das sind nicht nur Frauen – intersektional gedacht –, das betrifft auch Menschen, die homosexuell sind, es betrifft Menschen, die sichtbar ethnischen Minderheiten angehören und so weiter und so fort. Intersektionalität heißt, dass wir mehrere Kategorien der Diskriminierung zusammendenken. In diesem Kontext bedeutet das, dass eine Frau mit Kopftuch unsere Städte anders erfährt als eine Frau ohne Kopftuch. Eine Schwarze Frau hat eine andere Erfahrung in der Stadt als eine weiße Frau.

Damit die Stadt für Frauen freundlicher wird, brauchen wir gemischte Quartiere. Arbeit, Wohnen, aber auch Bildung, Alltagsinfrastruktur und Alltagsversorgung wie Supermärkte, Sporteinrichtungen – all die Dinge, die ein Quartier zu einem

reichen Ort zum Leben machen, das muss in nächster Nähe sein. Das geht übrigens auch Hand in Hand mit der Mobilitätswende. Stadt der kurzen Wege, 15-Minuten-Stadt sind hier die Schlagworte. Wenn wir das mitdenken, geht das mit einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs einher. Gemischte Quartiere dienen nicht nur der Vereinbarkeit von bezahlter und Care-Arbeit, sondern wirken belebter, weil mehr Menschen zu unterschiedlichen Uhrzeiten unterwegs sind.

Ich möchte nochmal auf die Angsträume zurückkommen, die Sie angesprochen haben. Wie kann man diese Angsträume abbauen? Angsträume sind ganz unterschiedlich. Sie hängen auch mit Situationen zusammen. Das heißt, ein Raum kann sich für mich total normal und freundlich anfühlen, wenn ich dort tagsüber allein bin oder wenn ich in der Dämmerung auf dem Fahrrad entlangfahre oder dort nachts mit Freund*innen unterwegs bin. Das, was Angst im Raum oft hervorruft, ist die Situation des Alleingehens in der Dunkelheit, in einem Raum, der wenig übersichtlich oder schlecht beleuchtet ist. Das Zusammenspiel zwischen Mensch, Situation und Raum ist entscheidend.

Wir können also von baulicher Seite etwas tun. Es geht um Sichtachsen, Beleuchtung, blinde Ecken, Übersichtlichkeit, Lesbarkeit. Sehe ich, was auf mich zukommt? Weiß ich, wo ich hin muss? Ein typisches Beispiel für Angsträume sind etwa Unterführungen, also lange Tunnel. Die sind besonders problematisch. Da kann ein Verkehrsspiegel oder eine durchgehende Beleuchtung oder ein neuer Anstrich eine echte Verbesserung bringen. Es muss nicht immer heißen „Wir reißen das ab und bauen etwas ganz Neues!“.

Bei Neubau ist es aus meiner Sicht sehr wichtig, besonders auf die Bedürfnisse bisher unterrepräsentierter Zielgruppen zu achten. Im Baugesetzbuch ist zwar bereits ein Satz enthalten, dass die unterschiedlichen Auswirkungen der Bauleitplanung auf Frauen und Männer zu berücksichtigen sind – wenn auch nur als Nebensatz von einem Nebensatz. Dem müssen wir zu mehr Wirkung verhelfen. Ich bin deshalb der Auffassung, dass ein Gender-Check Bestandteil der Bauleitplanung und Vorhabenplanung werden muss. Genau wie Beteiligung gesetzlich vorgeschrieben ist, muss es eine Pflicht geben, die Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen und sicherzustellen, dass niemand durch einen Bau einen wesentlichen Nachteil hat, den wir mit leichten Mitteln vorhersehen können. Es ist auch möglich: In anderen Ländern wird es so bereits gemacht, zum Beispiel in Schweden. Wesentlich ist, dass wir ein robustes Werkzeug schaffen, mit dem auch Menschen, die noch nie etwas mit Gender Mainstreaming zu tun hatten, zu einem sinnvollen Ergebnis kommen können. Und natürlich braucht es weiterhin Überzeugungsarbeit, dass Gender überhaupt eine relevante Kategorie in der Raumplanung ist.

Frauen haben also erstens unterschiedliche Verkehrsmuster und brauchen deshalb eine andere öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Sie haben zweitens ein unterschiedliches Sicherheitsempfinden, weswegen man sich Angsträumen widmen muss, damit sich Frauen auch im öffentlichen Raum frei bewegen können. Gibt es einen weiteren Aspekt, in dem sich genderspezifische Unterschiede zei-

gen und die auch ein Umdenken in Politik und gegebenenfalls auch konkrete rechtliche Änderungen im Städtebaurecht erfordern?

Zugang zu Räumen, materiell wie immateriell, beginnt im jungen Alter. Das heißt ein Gefühl, in eine demokratische Gesellschaft aufgenommen zu werden und gleiche Teilhabe zu erfahren, das fängt in jungen Jahren an, auch in unseren öffentlichen Räumen. Das sind Spielplätze, das sind Parks, das ist der öffentliche Nahverkehr. Dort angstfrei und gleichberechtigt teilzuhaben, ist für mich unerlässlich, egal welches Geschlecht oder welche Geschlechtsidentität man hat, ob ein Migrationshintergrund vorliegt und so weiter. Für mich ist die Frage wesentlich, wie wir das im jüngsten Alter einprägen können. Das fängt bei den Spiel- und

Wir sehen, dass Mädchen zu Beginn der Teenie-Zeit unsere öffentlichen Räume verlassen.

Sportplätzen für kleine Kinder und Heranwachsende an. Was wir statistisch und in der Raumbeobachtung sehen, ist, dass Mädchen unsere öffentlichen Räume in einem Alter von 12, 13, 14 Jahren verlassen und ihr Taschengeld dann dafür ausgeben, ins Café oder ins Kino zu gehen oder sich zurückzuziehen, weil sie die Angebote, die im öffentlichen Raum bereitstehen, nicht ansprechend finden. Das heißt, wenn wir mit einem Gender-Budgeting-Ansatz darauf schauen, kommen diese Räume faktisch Jungen und Männern vielmehr als Mädchen zugute. Was heißt dieser Ausschluss für das Gefühl, sich später an solchen Orten aufzuhalten zu dürfen? Es beschäftigt mich sehr, öffentliche Räume zu schaffen, in denen sich Mädchen und junge Frauen wohlfühlen. Nicht nur aus einer Gerechtigkeitsperspektive sollten Räume so gestaltet werden, sondern weil wir wissen, wenn wir den Menschen die Angst nehmen, die am meisten davon berichten, dass sie Angst haben, dann wird dieser Raum auch für alle anderen Gruppen besser.

Was ist Ihr Fazit hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit des Wohnens in Deutschland?

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist seit einem Vierteljahrhundert Gesetz in der EU – die wurde im Jahr 1999 im Vertrag vom Amsterdam festgeschrieben. In dieser Zeit haben wir kaum messbare Fortschritte in der Gleichberechtigung gemacht. Das

Deutschland schneidet nicht besonders gut ab bei den Gleichstellungsmarkern. In der gesamten EU haben wir in den letzten Jahren kaum messbare Fortschritte bei der Gleichberechtigung gemacht.

sieht man in Deutschland ganz besonders. Deutschland schneidet nicht besonders gut ab bei den Gleichstellungsmarkern des European Institute for Gender Equality (EIGE). Und der Fortschritt, den wir gemacht haben, der ist während der Pandemie erodiert.

Frauen haben besonders unter Schulschließungen gelitten und mussten zusätzliche Care-Arbeit übernehmen. Sie waren aber

gleichzeitig öfter in systemrelevanten Berufen vertreten, zum Beispiel als Lehrerinnen und Krankenschwestern. Während der Lockdowns wurden wir alle in unsere Wohnungen und nächste Nachbarschaften zurückgedrängt und mussten dann an eigener Haut erleben, wie eng und unpassend diese teilweise sind.

Wir haben viele Gesetze über Gleichstellung, die wenig Implementierung finden, was ich problematisch finde. Hier brauchen wir eine Schärfung, damit wir nicht nur das Zuckerbrot, sondern auch die Peitsche in diese Gesetze bringen können.

Was wäre denn ein Beispiel für eine solche fehlende Implementierung?

Etwa, dass die Perspektiven von Frauen in der Bauleitplanung laut BauGB Berücksichtigung finden müssen.

Ich finde, wir sollten die Pandemie nun als Möglichkeit und Sprungbrett nutzen. Gerade ist es noch frisch im Kopf, wie es in unseren Nachbarschaften war und wie es sich anfühlte, eingeschlossen zu sein. Das sollten wir nutzen, um wirklich eine Sensibilisierung für die unsichtbare Arbeit vieler Frauen in unseren Gesellschaften zu erreichen und deren gelebte Realität auch zu verbessern.

Hat nicht aber gerade auch der Digitalisierungsschub, den uns die Corona-Pandemie bescherte, dazu beigetragen, dass es für Frauen leichter wird? Beispielsweise ist heute mehr Homeoffice möglich, wodurch Wege, die sonst weit aus der Stadt rausführen würden, entfallen. Und falls ja: Ist es für Frauen und Männer gleichermaßen leichter geworden oder sieht man hier auch ein Ungleichgewicht?

In der Tat. Ich lese gerade einen Bericht von der EIGE – das ist das Europäische Institut für Gleichstellung der Gender –, in dem geht es genau darum. Zum einen ist die Digitalisierung positiv zu bewerten, weil sie die Vereinbarkeitsmöglichkeiten erhöht, zum anderen wird in dem Bericht aber auch dargelegt, dass Frauen viel häufiger gestört werden, wenn sie versuchen in Haushalten mit Kindern von zu Hause aus zu arbeiten. Das heißt also ganz vereinfacht gesagt: Selbst wenn beide Elternteile in einer heterosexuellen Partnerschaft zuhause arbeiten, ist die Mutter Ansprechpartnerin für das Kind. Der Bericht legt Daten vor, wonach Frauen viel seltener eine ganze Stunde ungestört arbeiten können.

Gibt es Daten dazu, ob Frauen gleich oft zuhause ein Arbeitszimmer zur Verfügung steht wie Männern? Wenn ich in meinen Freundeskreis schaue, haben 100 Prozent der Männer ein eigenes Arbeitszimmer, während die Frauen am Küchentisch arbeiten.
Dazu habe ich noch nichts gelesen. Aber die Raumvergabe im Privaten ist sehr interessant. Das hängt auch damit zusammen, wessen Arbeit als wichtiger erachtet wird. Ein Wirtschaftsinstitut in London

Während der Pandemie haben selbst Frauen, die besser als ihre Männer verdienen, ihre Stunden reduziert, was ökonomisch irrational war.

hat zeigen können, dass es während der Pandemie die Frauen waren, die ihre Stunden reduziert haben, um mehr Care-Arbeit wie Home-

Schooling und so weiter machen zu können, und zwar selbst dann, wenn die Frauen besser verdient haben. Das pointierte Schlusswort war dann auch: „Dies konnte nicht durch eine ökonomische Rationalität erklärt werden.“ Es war ökonomisch klar irrational.

Unsere heutigen Städte sind durch klassische Rollenbilder geprägt, wir können jedoch auch über Stadtplanung Rollenbilder

aufbrechen – wäre dieser Satz als zusammenfassender Schlussatz für Sie stimmig?

Ja, auf jeden Fall. Wichtig ist mir auch noch: Frauen sind nicht nur Mütter und Frauen sind nicht nur Menschen, die Angst haben im öffentlichen Raum. Frauen sind viel mehr als das und es ist mir ein Anliegen, dass wir diese Stereotype in unserer Arbeit nicht weiter reproduzieren.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-1-11

Safe Spaces für Frauen mit Migrationsgeschichte



▲ PD Dr. Banu Çitlak, Foto: privat

PD Dr. Banu Çitlak

PD Dr. Banu Çitlak ist Gastprofessorin an der Fakultät für Soziale Arbeit, Gesundheit und Musik der BTU-Cottbus-Senftenberg und Privatdozentin an der PH Freiburg.

Kontakt: banu.citlak@b-tu.de

Schutzbedarf und Prävalenz

In den vergangenen Jahrzehnten stieg der Anteil von Frauen mit Migrationsgeschichte, die Schutz in Frauenhäusern suchen, genauso an wie der Anteil von Mädchen aus Migrationsfamilien in der Kinder- und Jugendhilfe. Anders als noch vor 20 Jahren haben Kinder mit und ohne Migrationshintergrund heute statistisch gesehen ein gleich großes Risiko, Opfer von Kindeswohlgefährdung zu werden. Diese Veränderung geht einerseits auf die Umstellung der Datenerfassung von Staatsbürgerschaft auf Migrationshintergrund zurück. Andererseits hat die Anzahl der Inobhutnahmen aufgrund von unbegleitet geflüchteten Minderjährigen seit 2014 zugenommen, sodass 2019 mehr als die Hälfte aller Inobhutnahmen (53 Prozent) Kinder und Jugendliche aus Migrationsfamilien waren.² Mit Ausnahme der unbegleitet geflüchteten Minderjährigen ähneln die Umstände, die zu ihrer Inobhutnahme führten, denen von Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich lassen sich nur wenige Unterschiede ausmachen. Insbesondere waren Vernachlässigung und sexueller Missbrauch seltener der Anlass für die Inobhutnahme bei Kindern aus Migrationsfamilien, hingegen traten Fälle von physischer und psychischer Gewalt etwas häufiger auf als in der Vergleichsgruppe.³ Besonders nahm auch die Anzahl von jungen Mädchen (15 bis 18 Jahre) in den vergangenen Jahren zu, die sich durch Selbstanzeige aus Krisensituationen in ihren Familien befreien wollten.⁴ Die Schutzbedürftigkeit von Frauen mit Migrations- und Fluchtgeschichte ist wesentlich auffälliger: Mehr als die Hälfte (66 Prozent) der Frauen, die in Frauenhäusern

Die Lebenssituation von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen ist oftmals geprägt von ökonomischen, sozialen, moralischen und rechtlichen Zwängen bei gleichzeitig eingeschränkten Handlungsalternativen. Ihre sozialräumliche Lebenswelt ist zudem oftmals ethnisch-sozial segregiert. Dabei kann die Konzentration von Menschen gleicher Herkunft und Sprache in der Nachbarschaft den Konformitätsdruck steigern und die negativen Konsequenzen sozialer Kontrolle, insbesondere für Frauen und Mädchen, erhöhen. Wie Erkenntnisse der raumbezogenen Migrationsforschung zeigen, kann die soziale Kontrolle der lokalen Community einerseits ein Gefühl von Sicherheit vermitteln, das insbesondere in der ersten Phase der Migration bzw. Flucht für den Einzelnen eine stabilisierende Wirkung entfalten kann.¹ Aus sozialpsychologischer Sicht wird durch die gegenseitige Vergewisserung über Werte und Rituale der Gemeinschaft die interne Kohärenz der Einzelnen gestärkt und das Gefühl von Fremdheit abgefedert. In den Folgejahren und -generationen jedoch kann die soziale Kontrolle der Community – wenn sie sich auch lokal entfaltet – zum Problem werden, insbesondere für diejenigen, die einen Lebensstil wählen wollen, der von den Normalitätsvorstellungen der anderen in der Nachbarschaft abweicht. Dies betrifft insbesondere Frauen in Trennung oder nach der Scheidung, alleinerziehende Frauen und Mädchen, die sich gegen die ihnen auferlegten moralischen Konventionen und Pflichten auflehnen. Es ist daher wichtig, Frauen und Mädchen in diesen Lebenssituationen sichere Orte der Entfaltung zu ermöglichen. In diesem Beitrag wird die Wohn- und Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Migrationsgeschichte thematisiert, die infolge von Scheidung, Trennung oder häuslichen Gewalterfahrungen Schutz in Frauenhäusern oder in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe suchen.

1 Portes, Alejandro: Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. Annual Review of Sociology 24 (1998): S. 1-24, online: <http://www.jstor.org/stable/223472> (Zugriff: 02.01.2024).

2 Deutsches Jugendinstitut: DJI-Kinder- und Jugendmigrationsreport 2020, Datenanalyse zur Situation junger Menschen in Deutschland, S. 159, online: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/news/2020/DJI_Migrationsreport_2020.pdf (Zugriff: 02.01.2024).

3 De Paz Martinez, Laura / Artz, Philipp Artz: Migration und Kinderschutz. Aktuelle empirische Erkenntnisse aus der Evaluation zu den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII in Rheinland-Pfalz, Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz, 2017, S. 10, online: https://www.ism-mz.de/fileadmin/uploads/ism_kompakt/ism_kompakt_01_2017_lang.pdf (Zugriff: 02.01.2024).

4 Ebd. S. 7.